

Bachelorarbeit

**Vergleich der Wahlbeteiligung bei den
Landtagswahlen in den deutschen
Bundesländern**

Erstgutachter: Prof. Dr. Markus Freitag

Zweitgutachter: PD Dr. Thomas Bräuninger

Sommersemester 2006

Nadine Ebert

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	I
TABELLENVERZEICHNIS.....	II
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	II
1 Einleitung.....	1
2 Wahlbeteiligung in den deutschen Bundesländern zwischen 1990 und 2004.....	3
3 Theorien und Hypothesen.....	5
3.1 Politisch-Institutionelle Determinanten	5
3.2 Sozio-politische und politisch-kulturelle Determinanten	9
3.3 Sozioökonomische und soziodemographische Determinanten.....	13
3.4 Kontrollvariablen.....	15
4 Daten und Methode.....	18
5 Ergebnisse.....	19
6 Zusammenfassung und Ausblick.....	27
LITERATURVERZEICHNIS	III
DATENQUELLEN	VII

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1	Wahlbeteiligung bei den Landtags- und Bundestagswahlen von 1990-2004	4
Tabelle 2	Variablen, Hypothesen und Operationalisierungen	16
Tabelle 3	Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern von 1990-2004 (bivariate Zusammenhänge)	21
Tabelle 4	Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern von 1990-2004 (multiple Regressionen)	23
Tabelle 5	Regression der Wahlbeteiligung auf den Anteil aktiver Vereinsmitglieder (trans.) für zwei Grundgesamtheiten: alle Bundesländer (N=16) und alte Bundesländer (N=11)	25

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1	Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und dem Anteil aktiver Vereinsmitglieder	26
-------------	--	----

1 Einleitung

Wahlbeteiligungsforschung ist keineswegs ein unbekanntes Untersuchungsfeld, auf dem nur selten gearbeitet wird, sondern es stellt viel mehr eine wichtige Fragestellung in der vergleichenden Politikforschung dar. Neben internationalen Vergleichen entwickelter Demokratien oder Analysen der Partizipationsquote bei den Bundestagswahlen, fehlt allerdings eine Querschnittsuntersuchung der deutschen Bundesländer. Daher soll die Erklärung der Niveauunterschiede der Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern zwischen 1990 und 2004 Gegenstand der vorliegenden Arbeit sein.

Eine solche Untersuchung scheint insbesondere aufgrund dreier Argumente sinnvoll und von besonderer Relevanz zu sein. Als erstes ist die Tatsache zu nennen, dass eine Analyse der Wahlbeteiligung bislang nicht für den Untersuchungsgegenstand Landtagswahlen durchgeführt wurde. Die Wahlbeteiligung ist in der international vergleichenden Politikforschung zwar kein seltener Untersuchungsgegenstand (vgl. unter anderem Powell, 1982; Armingeon, 1994; Freitag, 1996; Blais/Dobrzynska, 1998) und ebenso finden sich auch Analysen von nationalen Wahlen, wobei hier zumeist die Veränderungen im Zeitverlauf im Erkenntnisinteresse stehen¹. Daher existiert auch eine Vielzahl möglicher Erklärungsansätze, die aber noch nicht auf die Landtagswahlen Anwendung gefunden haben. Diese Forschungslücke zu füllen, soll Ziel der Arbeit sein. Der zweite wichtige Punkt, der die Bedeutung der Studie begründet, thematisiert auch die angesprochene Forschungslücke, wobei aber hier nicht wie zuvor die Besonderheiten der Untersuchungseinheit und des -gegenstandes betont werden sollen, sondern stärker auf das Untersuchungsdesign fokussiert wird. Wie bereits erwähnt, gibt es verschiedene Untersuchungen zur Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen. Vor allem die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Dezember 1990, bei der die Wahlbeteiligung mit einem Wert von 77,8% sogar noch unter der bis dato geringsten Wahlbeteiligung von 1949 lag, ließ das Thema der Wahlenthaltung wieder neu in den Mittelpunkt rücken (vgl. Falter/Schumann, 1994: 162), nachdem dieses Thema zumindest für Deutschland in den Jahren zuvor von der Wissenschaft kaum gewürdigt wurde, da die hohe Wahlbeteiligung als positives Zeichen für die Integration der Bürger in das politische System gesehen wurde und daher als nicht interessant erschien (vgl.

¹ Für die geplante Arbeit werden dabei vor allem Arbeiten die sich mit der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl beschäftigen herangezogen. Hier sind vor allem die Studien von Falter/Schumann (1994), Kleinhenz (1995), Rattinger/Krämer (1995) und Krimmel (1996) zu nennen.

Schoof, 1981: 287). Diese Veränderung im Zeitverlauf ist neuerdings von besonderem Interesse und es wird versucht den „Nichtwähler neuen Typs“ (Gabriel/Völkl, 2004) zu identifizieren. Dabei wird oft die Wirkung von früher bestätigten Determinanten der Wahlteilnahme in Frage gestellt, da in Individualdatenanalysen ein Wandel des typischen Nichtwählers erkennbar ist. Die Fragestellung welche regionalen Unterschiede einen Einfluss auf die Höhe der Wahlteilnahme haben, werden dabei außer Betracht gelassen. Durch den Bundesländervergleich soll der Fokus wieder stärker auf die regionalen Unterschiede gelegt werden, um zu zeigen, dass die klassischen Erklärungsfaktoren bezogen auf Differenzen im Querschnitt durchaus noch Wirkung haben. Als dritter und letzter Punkt ist anzuführen, dass eine vergleichende Analyse der Bundesländer besondere methodische Vorteile hat. Da sich die Länder hinsichtlich der abhängigen Variable und auch teilweise bezüglich institutioneller, soziokultureller oder soziodemographischer Merkmale unterscheiden, sie aber als Untereinheit des deutschen Bundesstaates ähnliche Strukturen aufweisen und in einen einheitlichen Kontext eingebettet sind, bietet sich ein most similar system design hier im besonderen Maße an (vgl. Landmann, 2000: 27).

Ziel der Arbeit soll es sein, mögliche politisch-institutionelle, sozio-politische beziehungsweise politisch-kulturelle und sozioökonomische beziehungsweise soziodemographische Determinanten der Wahlbeteiligung in den deutschen Bundesländern zu identifizieren, um schließlich zu zeigen, dass sich die Differenzen im Nichtwähleranteil auf unterschiedliche Ausprägungen und Besonderheiten der einzelnen Bundesländer bezüglich der beschriebenen Bestimmungsgründe zurückführen lassen.

Dabei sollen folgende Einschränkungen gemacht werden: in der vorliegenden Arbeit wird als Querschnittsbetrachtung nicht auf Veränderungen im Zeitverlauf und deren Erklärungen eingegangen. Es sollen lediglich die Niveauunterschiede zwischen den Ländern erklärt werden. Ferner sind in dieser Aggregatdatenanalyse Aussagen über den Nichtwähler als Individuum weder Ziel der Arbeit noch sind solche Ausführungen überhaupt prinzipiell möglich, da dies ein Fehler nach Art des ökologischen Fehlschlusses wäre (vgl. Schmidt, 1995: 328f). Außerdem wurde als Methode der statistisch-quantitative Vergleich gewählt, weshalb in der Analyse nicht einzelnen oder einer geringen Anzahl von Fällen große Beachtung geschenkt werden sollen.

Die Arbeit lässt sich in fünf Schritte unterteilen. Zunächst werden im Folgenden deskriptive Angaben zum Untersuchungsgegenstand Wahlbeteiligung in den deutschen Bundesländern gemacht. Im darauf folgenden Abschnitt werden die Theorien und

Hypothesen zur Erklärung des Untersuchungsgegenstandes vorgestellt. In Abschnitt 4 wird kurz auf die zugrunde liegenden Daten und die Methode eingegangen, um dann in Abschnitt 5 die Ergebnisse vorzustellen. Den Abschluss bilden eine kurze Zusammenfassung und ein Ausblick.

2 Wahlbeteiligung in den deutschen Bundesländern zwischen 1990 und 2004

Die abhängige Variable der Untersuchung ist die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern. Diese wird als Anteil aller abgegebenen Stimmen bei einer Landtagswahl, gemessen an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten, definiert. Kohl (1983: 386) spricht in diesem Zusammenhang von der „Wahlbeteiligung im engeren Sinne“ mit der die Ausschöpfung des Partizipationspotentials gemessen wird, in Abgrenzung zur Wahlbeteiligung, gemessen in den abgegebenen Stimmen in Prozent der erwachsenen Bevölkerung. Betrachtet man die Wahlbeteiligung in den deutschen Bundesländern genauer sind beachtenswerte Niveauunterschiede sowohl in der Längsschnitts- als auch in der Querschnittsbetrachtung festzustellen. So lag die durchschnittliche Beteiligungsquote bei den Landtagswahlen aller Bundesländer in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums bei 69,7% und in der zweiten Hälfte bei 64,9%. Diese Angaben finden sich auch in *Tabelle 1*. Dieser Rückgang im Zeitverlauf findet in allen Bundesländern außer in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt statt.

Allerdings soll hier auf die Unterschiede im Zeitverlauf nicht weiter eingegangen werden, da dies nicht Gegenstand der Untersuchung ist. Entscheidend sind für die vorliegende Arbeit die Divergenzen unter den Ländern. Für die Mittelwerte von 1990 bis 2004 lässt sich eine Differenz von 14,2% identifizieren, wobei das Saarland mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 72,7% das Feld anführt und Brandenburg mit 58,5% das Schlusslicht bildet. Betrachtet man die vorliegenden Daten im gleichzeitigen Länder- und Längsschnittvergleich lassen sich gar Differenzen von nahezu 30% feststellen.

Zwar liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf einem ausgewogenen Bundesländervergleich, in dem keine regionalen Unterschiede zwischen den Ländern gemacht werden sollen, aber es wäre nachlässig die großen Divergenzen zwischen den

Table 1: Wahlbeteiligung bei den Landtags- und Bundestagswahlen von 1990-2004

Bundesland	LTW 1990-1997	LTW 1998-2004	LTW 1990-2004	BTW 1990-2004
BW	68,9%	62,6%	66,8%	74,3%
BY	66,9%	63,5%	65,2%	79,5%
BE	74,7%	66,9%	70,8%	79,0%
BB	61,7%	55,4%	58,5%	80,3%
HB	70,4%	60,7%	65,6%	78,0%
HH	68,2%	69,9%	68,9%	81,9%
HE	68,6%	65,5%	67,0%	79,7%
MV	68,8%	75,0%	71,9%	73,4%
NI	74,4%	70,5%	72,4%	81,8%
NW	67,9%	59,9%	63,9%	81,2%
RP	72,4%	62,1%	68,9%	82,0%
SL	83,4%	62,1%	72,7%	72,1%
SN	63,8%	60,4%	62,1%	76,1%
ST	60,0%	64,0%	62,0%	80,7%
SH	71,8%	69,5%	71,0%	83,4%
TH	73,3%	56,9%	65,1%	76,9%
Alte Bundesländer	71,6%	64,8%	68,5%	80,6%
Neue Bundesländer	65,5%	62,3%	63,9%	75,0%
Alle Bundesländer				
Mittelwert	69,7%	64,0%	67,0%	78,8%
Variationskoeffizient	8,0%	8,2%	6,3%	4,2%

Anmerkungen: Bei den Angaben handelt es sich um Mittelwerte für den ausgewiesenen Zeitraum; der Variationskoeffizient ist die Standardabweichung dividiert durch den Mittelwert

alten und neuen Bundesländern außer Acht zu lassen. Für den Untersuchungszeitraum liegt für die Wahlbeteiligung in den alten und neuen Bundesländern eine Differenz von 4,6% vor, wobei anzumerken ist, dass über den Zeitraum hinweg durchaus eine Angleichung der beiden Landesteile stattgefunden hat.

Die bis hier getroffenen Feststellungen beziehen sich alle auf die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen. Daneben sind nun auch noch die Unterschiede der Beteiligungsquote zur Wahl der Landesparlamente im Verhältnis zu der zum Bundestag zu nennen. In allen Bundesländern bis auf das Saarland ist die Beteiligung zu den Wahlen des deutschen Bundestages zumeist deutlich höher. Dies lässt darauf schließen, dass in der Bundesrepublik Deutschland durchaus zwischen Haupt- und Nebenwahlen unterschieden werden kann, was bedeutet, dass die Bürger die Nationalwahlen als wichtiger einstufen und den Wahlen auf der Subebene Nachrangigkeit zusprechen (vgl. Krumpal, 2004: 10f).

3 *Theorien und Hypothesen*

Die ausgewählten Hypothesen lassen sich in drei Theorieschulen unterteilen. So kann man zwischen den politisch-institutionellen, den sozio-politischen beziehungsweise politisch-kulturellen und den soziodemographischen beziehungsweise sozioökonomischen Determinanten unterscheiden (vgl. Freitag, 2005: 669).

3.1 **Politisch-Institutionelle Determinanten**

Sowohl in der klassischen Institutionenlehre als auch im Rahmen des Neo-Institutionalismus werden politischen Institutionen regelungsartige Charakteristika zugesprochen. Institutionen bieten Individuen einen bestimmten Handlungsspielraum und beeinflussen somit Entscheidungen von Einzelpersonen. Somit können institutionelle Vorgaben sowohl Schranken als auch Anreize für bestimmte Verhaltensweisen sein. Es wirken also weniger einzelne oder gesellschaftliche Interessen der Mikroebene direkt auf den politischen Prozess, als dass auf der Makroebene die Institutionen als Filter wirken und somit dem Handeln einzelner und dem politischen Outcome zwischengeschaltet sind. (vgl. Mayntz/Scharpf, 1995: 43). Im konkreten Fall der Wahlbeteiligung nehmen institutionelle Arrangements wie das Parteien-, Wahl- und Regierungssystem Einfluss auf die individuelle Wahlentscheidung und damit auf die Wahlenthaltungsquote (vgl. Freitag, 2005: 673). In der international vergleichenden Wahlbeteiligungsforschung werden insbesondere zwei institutionelle Merkmale betrachtet: zum einen die verschiedenen Ausformungen des Wahlrechts und zum anderen die Ausgestaltungen des Parteiensystems. Kleinhenz (vgl. 1995: 19) stellt fest, dass Unterschiede in diesen beiden Bereichen vor allem im internationalen Vergleich und weniger für die bundesdeutsche Situation zu identifizieren sind. Zwar können im Vergleich der deutschen Bundesländer nicht alle Indikatoren aus der international vergleichenden Forschung Anwendung finden, aber deutlich erkennbare Differenzen bezüglich einiger Variablen rechtfertigen durchaus eine Betrachtung der Institutionen in den Ländern. Neben institutionellen wahlrechtlichen und das Parteiensystem kennzeichnenden Merkmalen wird auch eine Ausprägung der Institution Regierungssystem betrachtet.

Wahlssystem: Seitdem Duverger in den 50ern Jahren des 20. Jahrhunderts erstmals sein bekanntes Gesetz, dass das Verhältniswahlssystem Vielparteiensysteme hervorbringt, während in Mehrheitswahlsystemen Zweiparteiensysteme entstehen, formuliert hat (vgl. Norris, 2004: 81; Duverger, 1951: 232, 257) wird dieser

Zusammenhang zwischen Wahl- und Parteiensystemen immer wieder thematisiert, auch wenn die Allgemeingültigkeit dieser Aussage teilweise widerlegt wurde (vgl. Rae, 1967). Übertragen auf die Erklärung von Wahlbeteiligung wird entsprechend weiter argumentiert, dass es in einem Mehrheitswahlsystem für Anhänger kleinerer Parteien, die wenig Aussicht auf Erreichen der relativen Mehrheit haben, kaum Anreize gibt, zur Wahl zu gehen, und sie daher dieser fern bleiben (vgl. Freitag, 2005: 673). In allen deutschen Bundesländern gilt allerdings das Prinzip der Verhältniswahl. Dafür können aber die Wahlsysteme der deutschen Länder für den vorliegenden Untersuchungszeitraum nach der reinen Verhältniswahl, die in Bremen, Hamburg² und Saarland praktiziert wird, und der personalisierten Verhältniswahl, die in den übrigen 13 Bundesländern zu finden ist, unterschieden werden (vgl. Massicotte, 2003: 6). Das personalisierte Verhältniswahlrecht enthält aber nun ein Element der Mehrheitswahl, da mit der Erststimme die Direktwahl eines Kandidaten stattfindet (vgl. Nohlen, 2004: 306). Zumeist gewinnen Kandidaten der beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD dieses Direktmandat (vgl. Flick, 2005: 26f). Unterstützer der kleinen Parteien können hier eine Ungleichbehandlung sehen und daher der Wahl fern bleiben, weshalb hierzu die Hypothese, dass reine Verhältniswahl zu einer höheren Wahlbeteiligung führt, formuliert werden kann.

Disproportionalität des Wahlsystems: Ein weiteres wichtiges Merkmal zur Kennzeichnung von Wahlsystemen ist der Grad der Disproportionalität zwischen dem in der Wahl erzielten Stimmenanteil und der Anzahl der erhaltenen Mandate. Entspricht der Sitzanteil der im Parlament vertretenen Parteien weitgehend dem erzielten Stimmenanteil, dann ist der Disproportionalitätsgrad niedrig (vgl. Lijphart, 1999: 157). Ist der Disproportionalitätsgrad hoch bedeutet dies insbesondere für kleine Parteien, dass sie auch mit sehr vielen Stimmen nur unterproportional im Parlament vertreten sein werden. Hier wirkt dann ein ähnlicher Mechanismus, wie bereits oben angedeutet: die Tatsache, dass die für eine kleine Partei abgegebene Stimme nicht den gleichen Einfluss wie die Stimme für eine große Partei hat, zeigt nun zum einen Wirkung auf die Wähler kleiner politischer Vereinigung, da der Nutzen, ihre Partei zu unterstützen, recht gering ist und sie daher eher geneigt sind, der Wahl fern zu bleiben, und zum anderen auf die kleineren Parteien selbst, da sie aufgrund der erschwerten Erfolgsaussichten ihre

² Im Jahr 2004 wurden einige Änderungen im Wahlrecht von Hamburg vorgenommen. Unter anderem der Wechsel von reiner Verhältniswahl zu personalisierter Verhältniswahl. Diese Änderung betrifft aber nicht die Wahlen im Untersuchungszeitraum, sondern gilt erst zur nächsten Wahl, die voraussichtlich 2008 stattfindet.

Mobilisierungsaktivitäten reduzieren (vgl. Freitag, 2005: 672). Daher ist bei einem hohen Disproportionalitätsgrad eine geringe Wahlbeteiligung zu erwarten.

Effektive Wahlerfolgsschwelle: Mit entsprechender Argumentation kann das Heranziehen der effektiven Wahlerfolgsschwelle als weitere institutionelle Determinante für die Wahlbeteiligung begründet werden. Diese Maßzahl gibt an, welches Minimum an Stimmen eine Partei erreichen muss, um Einzug in das Parlament halten zu können (vgl. Lijphart, 1999: 153). Ist dieser Schwellenwert sehr hoch, wird für kleine Parteien dieser Weg erschwert. Daher gilt die Vermutung, dass je höher die effektive Wahlerfolgsschwelle liegt, desto niedriger ist die Wahlbeteiligung.

System der Stimmverrechnung: Nach Rae (vgl. 1967: 104ff) hat die Art des Stimmverrechnungsverfahrens Einfluss auf die Disproportionalität zwischen erreichten Stimmen und Mandaten. In den deutschen Bundesländern werden drei verschiedene Stimmverrechnungsverfahren angewendet: zum einen die beiden Divisorenverfahren d'Hondt und Sainte-Laguë und das Wahlzahlverfahren Hare/Niemeyer. Da Hare/Niemeyer und Sainte-Laguë nachgesagt wird, proportionalere Verteilungen zu erzielen, während das d'Hondt-Verfahren große Parteien bevorzugt (vgl. Massicotte, 2003: 12), kann argumentiert werden, dass die Wahlbeteiligung bei Anwendung des d'Hondt-Verfahrens niedriger ist, da auch hier wieder Anhänger kleinerer Parteien ihrer Stimme weniger Einfluss beimessen. Nach Massicotte hat allerdings die Art des Stimmverrechnungsverfahrens keinen entscheidenden Einfluss auf die Disproportionalität, es sei denn, es handelt sich um sehr knappe Wahlergebnisse. In der nachfolgenden Analyse soll dieser Hypothese Rechnung getragen werden, indem der Einfluss der Art des Stimmverrechnungsverfahrens auf die Wahlbeteiligung unter Berücksichtigung des Wettbewerbsgrad des Parteiensystems überprüft werden soll.

Wettbewerbsgrad des Parteiensystems: Während die zuvor genannten Punkte Merkmale des Wahlsystems waren, ist der Wettbewerbsgrad eine Eigenschaft der Institution Parteiensystem. Dass die Wettbewerbssituation einen entscheidenden Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben kann, scheint evident und hat sich auch schon als eine mitbestimmende Determinante der Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen bewährt (vgl. Gabriel/Völkl, 2004: 227). Hier wird im Sinne der Rational-Choice-Schule argumentiert, dass bei einer knappen Wahl der einzelnen Stimme mehr Bedeutung zugemessen wird, da sie einen bestimmenden Einfluss auf den Wahlausgang haben kann. Daher steigt bei einem hohen Wettbewerbsgrad der Nutzen, die eigene

Partei bei gleich bleibenden Kosten für den Urnengang zu unterstützen (vgl. Armingeon, 1994: 46).

Fraktionalisierungsgrad des Parteiensystems: Ein weiteres Merkmal des Parteiensystems ist seine Fraktionalisierung, die Auskunft darüber gibt, wie viele Parteien wie stark im System vertreten sind. Allerdings gibt es zur Wirkung des Fraktionalisierungsgrades auf die Wahlbeteiligung verschiedene gegensätzliche Hypothesen. Zum einen wird die Meinung vertreten, dass, je größer die Anzahl der Parteien ist, es für den einzelnen Wähler mehr Möglichkeiten gibt, eine Partei zu unterstützen, die am ehesten seine Interessen repräsentiert. Je mehr Parteien es also gibt, der Fraktionalisierungsgrad somit hoch sei, desto höher ist die Wahlbeteiligung. Andererseits wird argumentiert, dass eine hohe Parteienzahl dem Wähler die Identifikation der eigenen Position erschwert. Weiter kann auch festgestellt werden, dass bei einer hohen Parteienzahl, über die Zusammensetzung der Regierung weniger an der Urne, sondern viel mehr bei Koalitionsabsprachen entschieden wird. Diese werden zumeist hinter verschlossenen Türen abgehalten und der Bürger kann hierauf keinen Einfluss nehmen, weshalb die Wahl für ihn auch als nicht entscheidend angesehen wird (vgl. Blais/Dobrzynska, 1998: 248). Da in den deutschen Bundesländern zumeist Koalitionen und nicht einzelne Parteien die Regierungen bilden und somit eher letzteres Argumentationsschema auf die deutsche Situation passt, kann für diese Arbeit die Hypothese, dass ein hoher Fraktionalisierungsgrad eine geringe Wahlbeteiligung bedingt, formuliert werden.

Direkte Demokratie: Die letzte politisch-institutionelle Determinante der Wahlbeteiligung bezieht sich auf das Regierungssystem. Die Auswirkung direktdemokratischer Elemente auf die Wahlbeteiligung wurde insbesondere für die Schweizer Kantone schon häufig thematisiert und untersucht, allerdings herrscht zumeist Uneinigkeit über die Richtung des Zusammenhangs (Freitag, 2005: 647; Freitag/Steffen, 2006: 1). Zum einen wird argumentiert, dass direktdemokratische Elemente einen positiven Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben, da die direkte Demokratie die Kommunikation der Bürger untereinander, das Gespür für politische Zusammenhänge und letztlich das politische Interesse stärkt und somit die Wahrscheinlichkeit der individuellen Wahlteilnahme erhöht wird. Andererseits wird argumentiert, dass die Kompetenzen der Regierungen und Parlamente durch die direkte Demokratie geschmälert werden. Dies erkennen die Bürger und sie sehen, dass sie bei relevanten Themen nicht von der Entscheidung der Mandatsträger abhängig sind,

sondern in diesem Fall selbst entscheiden können. Somit führt die Existenz zahlreicher direktdemokratischer Verfahren zu niedriger Wahlbeteiligung (vgl. Freitag/Steffen, 2006: 6f). Freitag und Steffen (vgl. 2006: 6) unterscheiden zwischen dem Grad des Ausbaus direktdemokratischer Rechte und der realen Nutzung dieser Rechte. Die erste Variable wird über den Mobilisierungskoeffizienten von Moser gemessen, in dem die Anzahl der nötigen Unterschriften zur Erreichung des Quorums und die Dauer der Fristen so zusammengefasst werden, dass der berechnete Wert den Prozentsatz an den Stimmberechtigten angibt, die sich an jedem Tag der Sammelfrist eintragen müssen. Dementsprechend bedeutet ein hoher Wert, dass viele Hürden vorhanden sind und ein niedriger Wert, dass die direktdemokratischen Rechte in einem Bundesland sehr gut ausgebaut sind (vgl. Eder/Magin, 2006: 12).

Anzahl Volksgesetzgebungsverfahren: Die zweite Variable wird über die Zahl der abgehaltenen Volksgesetzgebungsverfahren operationalisiert. Freitag und Steffen (vgl. 2006: 18) stellen für die Schweizer Kantone fest, dass die Zahl der abgehaltenen Referenden einen negativen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Zwar ist die Verbreitung direktdemokratischer Verfahren in den Bundesländern nicht mit denen in den Schweizer Kantonen zu vergleichen und die Übertragbarkeit der Ergebnisse ist somit mehr als fraglich, aber dennoch soll aus den Ergebnissen abgeleitet die Hypothese formuliert werden, dass ein ausgeprägter Ausbau und eine starke Nutzung direktdemokratischer Elemente einen negativen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat.

3.2 Sozio-politische und politisch-kulturelle Determinanten

Innerhalb des sozio-politischen oder politisch-kulturellen Paradigmas wird argumentiert, dass die Wahlentscheidung nicht wie bei der obigen Argumentationsweise von außerhalb der Individuen liegenden Faktoren beeinflusst wird, sondern viel mehr über Eigenschaften und Merkmale, die dem Einzelwesen zuordenbar sind. Die Integration in Netzwerke erhöht zum einen den Grad der politischen Informiertheit. Zum anderen wird in Verbänden das Verständnis für demokratisches Handeln gesteigert (vgl. Freitag, 2005: 675). Politisch-kulturelle Determinanten umfassen persönliche Lebensgewohnheiten, die in der frühen Sozialisierung angenommen wurden, durch Erfahrungen Festigung erfahren haben und daher von dem jeweiligen Menschen untrennbar sind und seine Entscheidungen beeinflussen (vgl. Norris, 2004: 154). Diese Individualeigenschaften lassen in aggregierter Form Theorieschlüsse auf Bundesländerebene zu.

Anteil Vereinsmitgliedschaften: Die Bedeutung der Vereine nicht nur für die soziale, sondern auch für die politische Integration der Bürger wurde in den Sozialwissenschaften schon früh erkannt. Tocqueville (vgl. 1985: 248-253) identifizierte die Vereine als eine der entscheidenden Stützen der Demokratie, in denen die Bürger lernen, sich im Zusammenschluss auf demokratische Weise zu behaupten. Im Rahmen der Diskussion zur politischen Kultur der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde die Bedeutung des Vereinswesens neu erörtert und der Einfluss von Vereinen auf den politischen Prozess wurde wieder in den Untersuchungsfokus gerückt, „da sie in der Praxis die Verbindung von Mitgliedschafts- und Staatsbürgerrolle ermöglichen“ (Freitag, 2005: 675). Personen, die in einem Verein Mitglied sind, haben innerhalb dieses formellen Netzwerks mehr Möglichkeiten zum Meinungsaustausch und können sich somit eher als andere Mitbürger über politische Themen informieren. Des Weiteren ist anzunehmen, dass Menschen, die sich sozial in einem Verein engagieren, auch eher politisch partizipieren; hier im konkreten Fall eher an einer Wahl teilnehmen (vgl. Freitag, 2005: 675). Ferner wirkt auch der Mechanismus, dass sozial integrierte Personen stärker unter Kontrolle anderer stehen: nimmt das persönliche Umfeld an sozial erwünschten Ereignissen wie beispielsweise der Wahl teil, erhöht sich der Druck auf das Individuum, diesen Vorstellungen nachzukommen (vgl. Kleinhenz, 1995: 186f; Niedermayer, 2005: 207). Für das Aggregat bedeuten diese Annahmen auf der Mikroebene, dass mit einem hohen Anteil an Vereinsmitgliedschaften in einem Bundesland eine hohe Wahlbeteiligung einhergeht.

Anteil aktiver Vereinsmitglieder: Für die Messung der Vereinsmitgliedschaft kann aber zwischen zwei Formen unterschieden werden: zum einen die allgemeine Vereinsmitgliedschaft und zum anderen die aktive. Unter erstgenanntem werden auch Personen erfasst, deren Mitgliedschaft sich lediglich durch die Zahlung des Mitgliederbeitrags auszeichnet, die sich aber sonst nicht weiter am Vereinsleben beteiligen. Es ist aber anzunehmen, dass die relevanten Einflussfaktoren nur bei Personen, die durch ihr Engagement in Kontakt mit dem Verein stehen, Wirkung zeigen. Neben dem Anteil der Vereinsmitgliedschaften soll entsprechend auch der Einfluss des Anteils aktiver Vereinsmitgliedschaften an der Wohnbevölkerung eines Bundeslandes auf die Wahlbeteiligung überprüft werden. Es wird allerdings angenommen, dass für beide Variablen mit ähnlichen Ergebnissen zu rechnen ist, da die Zahlen für passive und aktive Mitglieder in den Bundesländern wohl in einem ähnlichen Zusammenhang stehen.

Anteil Parteimitglieder: Auch Parteimitglieder sind in ein soziales Netzwerk integriert und so wirken die oben beschriebenen Einflüsse und Mechanismen auch auf Parteimitglieder. Die anzunehmende höhere Wahlbereitschaft von Parteimitgliedern ist mit - neben den bereits oben beschriebenen Faktoren – dem besonderen Interesse ihre Partei bei der Wahl zu unterstützen, zu begründen. Die Parteimitgliedschaft stellt somit eine besondere Ausprägung der Parteiidentifikation dar, die als eine starke und langfristige Bindung zu einer konkreten Partei, sei es aufgrund bestimmter Inhalte oder Akteure, von Gabriel (vgl. 1994a: 120) auch als „psychologische Parteimitgliedschaft“ bezeichnet wird. Die Hypothese, dass eben diese Parteiidentifikation nicht nur für die Wahl einer bestimmten Partei, sondern auch für die Wahlentscheidung allgemein von Bedeutung ist, geht auf den sozialpsychologischen Ansatz von Campell zurück und hat in verschiedenen Studien der neueren Zeit auch verstärkt Bestätigung gefunden (vgl. Krimmel, 1996: 324f; Falter/Schumann, 1994: 200; Niedermayer, 2005: 208). Die Variable Parteiidentifikation wird allerdings nicht in die vorliegende Analyse aufgenommen, da die Parteimitgliedschaft als eine Konkretisierung dieses Sachverhaltes angesehen werden kann (vgl. Freitag, 2005: 676). Ferner sollte nicht vernachlässigt werden, dass Parteimitglieder für ihre Partei werben. In einem Bundesland, in dem es sehr viele Parteimitglieder gibt, wird auch ein aktiverer Wahlkampf aufgrund der zahlreich vorhandenen Humanressourcen stattfinden. Dadurch gelingt eine höhere Mobilisierung der Bürger, was weitere Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung hat. Folglich lässt sich für die Makroebene folgende Hypothese formulieren: je größer in einem Bundesland der Anteil an Parteimitgliedern an der Wohnbevölkerung, desto höher ist die Wahlbeteiligung.

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad: Für die Untersuchungseinheit Bundesrepublik Deutschland haben bereits Falter und Schumann in ihrer Analyse zur Bundestagswahl 1990 festgestellt, dass die Wahlteilnahme von Gewerkschaftsmitgliedern im Vergleich zu anderen Personengruppen wahrscheinlicher ist (vgl. Falter/Schumann, 1994: 175-178). Schließlich ist bei Personen, die sich in intermediären Organisationen wie Gewerkschaften engagieren, politisches Interesse in besonderem Maße zu vermuten. Der besondere Einfluss von Gewerkschaften kann aber noch auf anderem Wege argumentativ begründet werden. Dazu wird die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan³ (vgl. 1967) herangezogen, in der die Ausformung des

³ Dieser Erklärungsansatz wäre mit seiner makroperspektivischen Betrachtung des politischen Systems korrekterweise unter den politisch-institutionellen Determinanten anzuführen. Da aber die Cleavage-Theorie lediglich ergänzend zur Erklärung des Einflusses von Gewerkschaften auf die Wahlbeteiligung

Parteiensystems auf gesellschaftliche Konflikte und dadurch entstandene sog. Cleavages zurückführen ist. Die sozialen Gegensätze sind in der Gesellschaftsstruktur ideologisch verankert und finden sich nicht nur in politischen Parteien, sondern auch in anderen Organisationsformen wieder. In der Bundesrepublik Deutschland sind vor allem zwei Konfliktlinien von Bedeutung: zum einen die sozioökonomische zwischen Kapital und Arbeit und die konfessionelle (vgl. Gabriel, 1994b: 7-9; Schmitt, 2001:623). Die Gewerkschaften repräsentieren nun als eine soziale Organisation an der sozioökonomischen Konfliktlinie eine Position, die durch die ideologischen Vorstellungen und Wertehaltungen der Mitglieder gestützt wird. Ausdruck davon ist die zumindest meistens vorhandene, starke Parteienbindung bzw. -identifikation von Gewerkschaftsmitgliedern mit der SPD (vgl. Gabriel, 1994b: 14), weshalb Gewerkschaftsmitglieder sich mit höherer Wahrscheinlichkeit an der Wahl beteiligen, um mit ihrer Stimme für die SPD ihren Wertehaltungen Ausdruck zu verleihen. Für das Aggregat gesprochen bedeutet dies zusammenfassend, dass je höher der Organisationsgrad in einem Bundesland ist, desto höher ist die Wahlbeteiligung.

Katholizismus: Die positiven Auswirkungen eines ausgeprägten Katholizismus auf die Wahlbeteiligung sind bekannte und anerkannte Ergebnisse der frühen amerikanischen Partizipationsforschung. Allerdings wurde in weiteren Untersuchungen festgestellt, dass dieses Feld differenzierter und zwar sowohl nach Partizipationsform als auch nach Konfessionsart zu betrachten sei (vgl. Schoof, 1980: 35f). Für die vorliegende Analyse wird allerdings nur die Verbreitung des Katholizismus herangezogen, da aufgrund der bereits oben erwähnten konfessionellen Konfliktlinie zwischen den Polen klerikal-katholisch und nicht-katholisch-säkular (vgl. Woyke, 2005: 241) eine starke Bindung zwischen Anhängern der katholischen Kirche zur CDU/CSU zu vermuten ist. Dementsprechend ist anzunehmen, dass in einem Bundesland mit hohem Katholikenanteil die Wahlbeteiligung höher ist

Politisches Interesse: Während die zuvor genannten Variablen auf den sozialintegrativen Aspekt der soziokulturellen Determinanten eingegangen sind, wird nun mit dem politischen Interesse eine persönliche Eigenschaft als Erklärungsfaktor herangezogen. Der politisch interessierte Bürger, der sich gern mit politischen Sachthemen auseinandersetzt und dementsprechend informierter ist, wird eher zur Wahl gehen, um sich am politischen Willensbildungsprozess beteiligen zu können (vgl.

herangezogen wird und der Fokus auf die sozialintegrative Funktion dieser intermediären Organisationen gesetzt wird, verbleibt diese Ergänzung in dem Kapitel der sozio-politischen und politisch-kulturellen Determinanten.

Freitag, 2005: 676). Häufig wird im Zuge der „Protesthypothese“ argumentiert, dass immer mehr gerade politisch Interessierte den Wahlen fern bleiben, um somit bewusst ihrer Enttäuschung über die aktuelle Politik Ausdruck zu verleihen. Krimmel (vgl. 1996: 326-330) zeigt aber in ihrer Analyse, dass immer noch vor allem Menschen mit keinem besonders ausgeprägten politischen Interesse den größeren Anteil an den Nichtwählern stellen. Daher kann übertragen auf die deutschen Bundesländer zusammengefasst werden, dass je höher der Anteil politisch Interessierter ist, desto höher ist die Wahlbeteiligung.

Wahlnorm: Die Wahlnorm, also die individuelle Einstufung der Wahlteilnahme als „Bürgerpflicht“ (vgl. Rattinger/Krämer, 1995: 268) wurde als eine wichtige Determinante für die Wahlbeteiligung in Deutschland in den 90ern Jahren in verschiedenen empirischen Studien identifiziert (vgl. Rattinger/Krämer, 1995: 284; Kleinhenz, 1996: 75f; Niedermayer, 2005: 210). Die Wahlnorm hat den Effekt, dass auch eigentlich eher politisch Uninteressierte zur Wahl gehen (vgl. Kleinhenz, 1995: 132). Aggregiert auf Bundesländerebene kann dementsprechend die Hypothese, dass je verbreiteter die Wahlnorm unter der Bevölkerung in einem Bundesland ist, desto höher die Wahlbeteiligung, formuliert werden.

3.3 Sozioökonomische und soziodemographische Determinanten

In der sozioökonomischen Theorieperspektive wird argumentiert, dass „kognitive und materielle Ressourcen [...] es dem Bürger erleichtern, eine positive Einstellung zum politischen System zu entwickeln und sich partizipativ zu engagieren“ (Armingeon, 1994: 46). Die Existenz solcher Ressourcen, die sowohl den materiell-finanziellen Aspekt als auch vorhandenes Wissen und den Bildungsgrad umfassen, hat somit einen positiven Einfluss auf die individuelle Wahlteilnahme. Neben diesen beiden Aspekten wird auch noch die Zeit, die einem Individuum zur Verfügung steht, als Ressource genannt (vgl. Franklin, 1996: 221), wobei auf diesen Punkt in der weiteren Untersuchung nicht eingegangen werden soll. Übertragen auf das aggregierte Niveau bedeutet dies, dass sich der ökonomische Wohlstand und der Entwicklungsgrad des jeweiligen Bundeslandes positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken. Soziodemographische Faktoren wurden in der Wahlforschung bereits häufig betrachtet und liefern teilweise gesicherte Erkenntnisse (vgl. Freitag, 2005: 677).

Abiturquote: Über den Anteil an Abiturienten an der 19jährigen Wohnbevölkerung eines Bundeslandes soll der Bildungsgrad der Gesellschaft gemessen werden. Es ist anzunehmen, dass es Personen mit einer höheren Ausbildung leichter

fällt, sich über politische Themen zu informieren und daher die Wahlteilnahme mit niedrigeren Kosten bei gleich bleibendem Nutzen verbunden ist (vgl. Freitag, 2005: 677). Entsprechend lautet hier also die Forschungshypothese, dass mit steigender Abiturquote eine hohe Wahlbeteiligung einhergeht.

BIP pro Kopf: Während mit der Abiturquote die kognitiven Ressourcen eines Landes abgebildet werden, werden über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Wohlstand eines Bundeslandes operationalisiert und somit die materiellen Ressourcen erfasst. Das BIP wird vor allem im internationalen Vergleich als Begründung für mögliche Unterschiede in der Wahlbeteiligung herangezogen. Dabei wird davon ausgegangen, dass mit wachsendem Wohlstand und bei einem hohen Entwicklungsstand die Bürger eher informiert sind und sich auch eher in den politischen Willensbildungsprozess einbringen (vgl. Powell, 1982: 37; Blais/Dobrzynska, 1998: 242; Freitag, 2005: 677). Es gilt dementsprechend die Hypothese, dass je größer das BIP in einem Bundesland ist, desto höher ist die Wahlbeteiligung.

Anteil der über 65-Jährigen: Nun werden im Folgenden noch soziodemographische Variablen angeführt. Ein kurvenlinearer Zusammenhang zwischen Alter und Wahlbeteiligung gilt als erwiesen: die Wahlbeteiligung steigt mit zunehmenden Alter und fällt wieder nach Erreichung des Höhepunkts im mittleren Alter zwischen 50 und 60 Jahren (vgl. Schoof, 1980: 49; Becker, 2002: 256; Freitag, 2005: 678). Dieser Zusammenhang lässt sich wohl mit der Stellung im Lebenszyklus der mittleren Altersgruppe erklären, da Personen in diesem Alter am stärksten in verschiedene Netzwerke wie Vereine aber auch dem Arbeitsumfeld eingebettet sind (vgl. Schoof, 1981: 49). Für die vorliegende Untersuchung sollen aber nun nicht alle Alterstufen untersucht werden, weshalb hier lediglich der Zusammenhang zwischen der Seniorenquote und der Wahlbeteiligung geprüft werden soll und hier ein negativer Zusammenhang vermutet wird.

Bevölkerungsdichte⁴: Der Bevölkerungsdichte wird allseits Einfluss auf die politische Partizipation zugesprochen, wobei allerdings Uneinigkeit bezüglich der

⁴ Mit der Bevölkerungsdichte wird häufig auch der Urbanisierungsgrad gleichgesetzt (vgl. Schoof, 1980: 31). Die Gleichsetzung dieser beiden Variablen für die deutschen Bundesländer stellt sich allerdings als schwierig heraus, da die Stadtstaaten und der kleine Flächenstaat Saarland hier eine Sonderposition einnehmen. Auf eine genauere Analyse hierzu muss allerdings verzichtet werden. Für die vorliegende Untersuchung wird nur die Variable Bevölkerungsdichte herangezogen, da zum einen trotz der genannten Divergenzen ähnliche Ergebnisse zu erwarten sind und da zum anderen Wernicke (vgl. 1976: 155) für die Untersuchung der Landtagswahlen auch die Bevölkerungsdichte zur Operationalisierung herangezogen hat.

Richtung des Zusammenhangs herrscht⁵. Für diese Analyse wird auf die Ergebnisse von Wernicke (vgl. 1976: 155) Bezug genommen, der für die Landtagswahlen von 1961 bis 1965 einen negativen Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Wahlbeteiligung festgestellt hat. Es wird vermutet, dass entsprechend auch für den vorliegenden Untersuchungszeitraum gilt, dass mit einer niedrigen Bevölkerungsdichte eine hohe Wahlbeteiligung einhergeht

3.4 Kontrollvariablen

Bundestagswahl: Die Landtagswahlen werden von den Bürgern als weniger wichtig wahrgenommen und im Vergleich zu den Bundestagswahlen als zweitrangige Wahlen angesehen, was sich auch in einer geringeren Wahlbeteiligung niederschlägt (vgl. Krumpal, 2004: 10). Fällt nun auf den Tag der Landtagswahl, die subjektiv als second-order-election wahrgenommen wird, der Tag der Bundestagswahl, die im Rang und Ansehen der Bürger höher steht und es sich hier also um eine first-order-election handelt, ist zu erwarten, dass die Wahlbeteiligung höher ist. Dies erklärt die hohe Wahlbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern, wo der Tag der Landtagswahl die letzten Jahre auf den Tag der Bundestagswahl fiel (vgl. Jesse, 2004: 960).

Alte und Neue Bundesländer: Für die Untersuchung der Wahlbeteiligung in den Bundesländern scheint es sinnvoll zwischen den alten und neuen Bundesländern zu unterscheiden. Auch wenn die Angleichung der beiden Landesteile immer mehr gelingt, so liegt doch der Untersuchungszeitraum direkt nach der Wiedervereinigung und schließlich sind beide Landesteile von einer unterschiedlichen Geschichte geprägt, was vor allem auch zu großen Unterschieden in der jeweils vorzufindenden politischen Kultur führt (vgl. Walz, 1996: 218). Da in den neuen Bundesländern aufgrund der sozialistischen Vergangenheit das Verständnis für politische Partizipation nicht so tief ist wie in den alten Bundesländern, ist für die neuen Bundesländer mit einer kulturell bedingt geringeren Wahlbeteiligung zu rechnen.

⁵ Die Mobilisierungshypothese, die einen positiven Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Wahlbeteiligung prognostiziert, da davon ausgegangen werden kann, dass in dicht besiedelten Gebieten eher die Möglichkeit besteht in die politische Szene integriert zu werden und moderne Kommunikationsmittel zu nutzen. In dem „Decline of Community-Model“, welches auf Dahl zurückgeht, wird hingegen davon ausgegangen, dass in anonymisierten Stadtgebieten eine Lösung des Bürgers von der Gemeinschaft stattfindet und daher auch die politische Partizipation sinkt. Eine ausführliche Diskussion der beiden Ansätze findet sich bei Schoof (vgl. 1980: 31-35; 1981: 290f).

Tabelle 2: Variablen, Hypothesen und Operationalisierungen

Variable	Hypothese	Operationalisierung
Politisch-institutionelle Determinanten		
Wahlsystem	Reine Verhältniswahl führt, im Gegensatz zu Personalisierter Verhältniswahl, die mit einem Teilelement der Mehrheitswahl kleine Parteien vernachlässigen könnte, zu einer höheren Wahlbeteiligung	Dummy-Variable (1=Personalisierte Verhältniswahl)
Disproportionalität des Wahlsystems	Je höher der Grad der Disproportionalität, desto geringer ist die Wahlbeteiligung	Bemessen nach Index von Gallagher (vgl. Lijphart, 1999)
Effektive Wahlerfolgsschwelle (trans.)	Je höher die effektive Wahlerfolgsschwelle liegt, desto geringer ist die Wahlbeteiligung	Bemessen nach Lijphart, 1999 = 75/durchschnittliche Mandatszahl pro Wahlkreis + 1
System der Stimmverrechnung	Die Stimmverrechnungsverfahren nach Hare/Niemayer und Sainte-Laguë, die im Gegensatz zu d'Hondt kleine Parteien nicht benachteiligen, führen zu einer höheren Wahlbeteiligung	Dummy-Variable (1=Stimmverrechnungsverfahren, die kleine Parteien benachteiligen)
Wettbewerbsgrad des Parteiensystems (log.)	Je intensiver der Wettbewerb in einem Parteiensystem ausfällt, desto höher ist die Wahlbeteiligung	Differenz der Mandatsanteile der zwei stärksten Parteien eines Wahlganges
Fraktionalisierungsgrad des Parteiensystems	Je fraktionalisierter ein Parteiensystem ist, desto geringer ist die Wahlbeteiligung	Fraktionalisierungsindex nach Rae, 1968
Direkte Demokratie	Je besser die direktdemokratischen Volksrechte ausgebaut sind, desto geringer ist die Wahlbeteiligung	Mobilisierungskoeffizient nach Moser (Quelle: Eder/Magin, 2006: 13)
Anzahl Volksgesetzgebungsverfahren	Je häufiger die direktdemokratischen Volksrechte genutzt werden, desto geringer ist die Wahlbeteiligung	Anzahl Volksgesetzgebungsverfahren pro Jahr und Bundesland
Sozio-politische und politisch-kulturelle Determinanten		
Anteil Vereinsmitgliedschaften	Je größer der Anteil an Vereinsmitgliedschaften in einem Bundesland, desto höher ist die Wahlbeteiligung	Anteil derjenigen, die angaben, in mindestens einem Verein Mitglied zu sein (Quelle: ALLBUS 1992 u. 1998)
Anteil aktiver Vereinsmitglieder (trans.)	Je größer der Anteil an aktiven Vereinsmitgliedern an der Gesamtbevölkerung in einem Bundesland, desto höher ist die Wahlbeteiligung	Anteil derjenigen, die angaben, sich in mindestens einem Verein aktiv zu engagieren (Quelle: ESS 2002)

Variable	Hypothese	Operationalisierung
Anteil Parteimitglieder	Je größer der Anteil an Parteimitgliedern in einem Bundesland, desto höher ist die Wahlbeteiligung	Anteil von Parteimitgliedern an der Gesamtbevölkerung
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	Je umfassender die Gewerkschaften organisiert sind, desto höher ist die Wahlbeteiligung	Anteil Gewerkschaftsmitglieder an der Gesamtbevölkerung
Katholizismus	Je größer der Anteil an Katholiken in einem Bundesland, desto höher ist die Wahlbeteiligung	Katholikenanteil an der Gesamtbevölkerung
Politisches Interesse	Je größer der Anteil der politisch Interessierten in einem Bundesland, desto höher ist die Wahlbeteiligung	Anteil derjenigen, die angaben, sich sehr stark oder stark für Politik zu interessieren (Quelle: ALLBUS 1990-1992, bis 2004 zweijährlich)
Wahlnorm	Je ausgeprägter die Wahlnorm unter der Bevölkerung eines Bundeslandes ist, desto höher ist die Wahlbeteiligung	Anteil derjenigen die auf einer Skala von 0 (für extrem unwichtig) bis 10 (extrem wichtig) auf die Frage, wie wichtig sie es finden, wählen zu gehen, um ein guter Bürger zu sein, die Punkte 7, 8, 9 oder 10 angaben (Quelle: ESS 2002)
Sozioökonomische und soziodemographische Determinanten		
Abiturquote	Je höher die Absolventenquote an den Gymnasien, desto höher ist die Wahlbeteiligung	Anteil Abiturienten an der 19-Jährigen Wohnbevölkerung eines Bundeslandes
BIP pro Kopf (log.)	Je höher der wirtschaftliche Wohlstand in einem Bundesland, desto höher ist die Wahlbeteiligung	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf
Anteil der über 65-Jährigen	Je höher der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung, desto niedriger ist die Wahlbeteiligung	Anteil der über 65-Jährigen an der Wohnbevölkerung eines Bundeslandes
Bevölkerungsdichte (trans.)	Je dichter ein Bundesland besiedelt ist, desto höher ist die Wahlbeteiligung	Wohnbevölkerung pro Quadratkilometer
Kontrollvariablen		
Bundestagswahl		Anzahl der Wahlen die im Untersuchungszeitraum mit der Bundestagswahl zusammenfielen
Alte und Neue Bundesländer		Dummy-Variable (1=Neue Bundesländer)

4 *Daten und Methode*

Der Untersuchung liegen Aggregatdaten zugrunde, die weitgehend über amtliche Statistiken zugänglich sind. Zur Bestimmung einzelner sozio-politischer und politisch-kultureller Indikatoren werden Daten aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) und dem European Social Survey (ESS) aggregiert. Ziel der Arbeit als Aggregatdatenanalyse ist es folglich nicht, Aussagen über individuelle Merkmale des typischen Nichtwählers zu treffen, sondern einzelne Merkmale der Bundesländer als Determinanten für die Wahlbeteiligung zu identifizieren. Einen ausführlichen Überblick über die Operationalisierung der vorgestellten unabhängigen Variablen gibt *Tabelle 2*.

Der Untersuchungszeitraum beginnt 1990, da in diesem Jahr die ersten Wahlen nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern stattfanden und somit ein Vergleich aller 16 Bundesländer möglich ist. Überlegungen, die ersten Landtagswahlen in den neuen Bundesländern nicht mit in die Analyse aufzunehmen, da aufgrund der Hochstimmung nach der Wiedervereinigung mit einer überdurchschnittlichen hohen Wahlbeteiligung zu rechnen ist, konnten nach genauerer Betrachtung und Analyse der Quoten verworfen werden, da zum einen die Beteiligung bei den ersten Wahlen in den neuen Ländern im Vergleich mit den alten Bundesländern nicht bedeutsam höher waren und da zum anderen die Differenz zwischen den ersten und den darauf folgenden Wahlen dem Trend in den alten Ländern entspricht. Der Untersuchungszeitraum endet 2004, da die Datenlage für manche Variablen keine Ausweitung des Untersuchungszeitraums auf das Jahr 2005 zulässt.

Die Untersuchung ist als Querschnittsanalyse angelegt und bivariate und multiple Regression werden als Analyseinstrumente herangezogen. Konkret werden dabei basierend auf der Mittelwertbildung der Variablen zunächst bivariate Regressionsanalysen der Wahlbeteiligung auf die erklärenden Variablen durchgeführt. Die sich hier als signifikante⁶ Einflussfaktoren erweisenden Variablen werden in einer multiplen Regressionsanalyse auf mögliche Scheinzusammenhänge untersucht. Dieses Vorgehen mit seiner zweistufigen Herangehensweise entspricht zum einen den Prinzipien der Einfachheit beziehungsweise Nachvollziehbarkeit und ermöglicht zum

⁶ Im Grunde können Signifikanztests als Entscheidungs- und Gütekriterium nur bei Zufallsstichproben Anwendung finden (vgl. Kohler/Kreuter, 2006: 201). Wie aber in den meisten quantitativen Studien der vergleichenden Politikwissenschaft werden auch hier Signifikanztests als heuristisches Hilfsmittel zur Identifikation einflussreicher Punkte herangezogen. Somit ist allerdings statistische Signifikanz in der vorliegenden Untersuchung weder eine hinreichende noch notwendige Bedingung (vgl. Freitag, 1996: 122; Freitag, 2005: 678).

anderen durch die multiple Regressionsanalyse eine abgesicherte Überprüfung der statistischen Ergebnisse (vgl. Freitag, 2005: 678).

Die mögliche Existenz von Heteroskedastizität wird mit dem Cook-Weisenberg-Test⁷ überprüft. Dem Vorhandensein von Heteroskedastizität wird bereits durch die Transformation einzelner Variablen entgegengewirkt. Zwar wird durch die Transformationen teilweise die Interpretation der Resultate erschwert, allerdings werden durch diese Umformungen nicht nur Homoskedastizität hergestellt, sondern auch teilweise bessere Ergebnisse geliefert⁸. Des Weiteren ist bei der vorliegenden Untersuchung mit einer kleinen Fallzahl von N=16 vor allem der genauen Betrachtung von einzelnen Ausreißern Rechnung zu tragen, die möglicherweise starken Einfluss auf die gesamte Regressionsanalyse oder einzelne Koeffizienten üben. Dadurch verlieren die abgeleiteten Schlussfolgerungen an Bedeutung. Mit der Maßzahl DFBETA sollen einflussreiche Punkte für die einzelnen Regressionskoeffizienten identifiziert werden. Ferner können mit Cooks D Extremwerte, die eine stark verzerrende Wirkung auf das gesamte Modell haben, erkenntlich gemacht werden. Erweisen sich bei einzelnen Regressionen Datenpunkte als einflussreich, wird die Berechnung nochmals ohne diese Fälle durchgeführt und die Ergebnisse verglichen. Im Idealfall können mit dieser zweiten Berechnung die Resultate der ersten bestätigt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, wird von einem gesamten Ausschluss der identifizierten Extremwerte⁹ abgesehen (vgl. Jann, 2006).

5 Ergebnisse

Die bivariaten Regressionen brachte folgende Ergebnisse, die auch in *Tabelle 3* zusammengefasst sind: von den acht politisch-institutionellen Determinanten erweist sich eine Variable als statistisch signifikant. Der Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und dem Wahlsystem zeigt zwar in die theoretisch erwartete Richtung, erweist sich aber als statistisch insignifikant. Ferner haben der

⁷ Auch hier gilt, dass streng genommen ein solches inferenzstatistisches Verfahren nur bei Zufallsstichproben Anwendung finden sollte. Dennoch sollen – wie bereits in der Fußnote zuvor begründet – solche Kriterien als heuristisches Mittel bei der Auswahl der Variablen helfen.

⁸ Ziel der Datentransformation ist in der vorliegenden Untersuchung wie zumeist die Symmetrisierung der Verteilung der Variable, da oft die erklärten Varianzen bei diesen höher sind. Zu weiteren Vorteilen und zur Anwendung vergleiche Schnell (1994: 71-77).

⁹ Interessant wäre es dann hier viel mehr, die einzelnen Extremwerte genauer darauf zu untersuchen, was die Ursache für die besondere Position dieses Datenpunktes ist (vgl. Jann, 2006: 447f). Für eine solche detaillierte Betrachtung lässt die vorliegende Untersuchung allerdings keinen Raum.

Disproportionalitätsgrad¹⁰ und die effektive Wahlerfolgsschwelle keinen Einfluss auf die Partizipationsquote. Ebenso kann dem System der Stimmverrechnung keine erklärende Wirkung auf die Wahlbeteiligung in den deutschen Bundesländern zugesprochen werden. Somit hat kein untersuchtes Merkmal des Wahlsystems den erwarteten Einfluss. Der Wettbewerbsgrad als Eigenschaft des Parteiensystems zeigt hingegen den erwarteten Zusammenhang auf: mit wachsender Konkurrenz unter den Parteien steigt auch die Wahlbeteiligung. Der negative Zusammenhang in der bivariaten Regression lässt sich freilich mit der Operationalisierung des Wettbewerbsgrades begründen, da eine hohe Konkurrenz im Wahlkampf über eine kleine Differenz der Mandatssitze der beiden größten Parteien im Landesparlament gemessen wird. Der Fraktionalisierungsgrad als weitere das Parteiensystem kennzeichnende Variable ist hingegen statistisch insignifikant und weist auch keinen besonderen Effekt auf die Wahlbeteiligung auf. Die beiden letzten politisch-institutionellen Variablen, die die Verbreitung der direkten Demokratie in den deutschen Ländern einfangen, sind weder signifikant noch kann ihnen eine besondere Erklärungskraft zugesprochen werden. Somit hat weder der Ausbau direktdemokratischer Rechte noch deren reale Nutzung einen Einfluss auf die Höhe der Wahlbeteiligung.

Von den sieben untersuchten sozio-politischen und politisch-kulturellen Determinanten können zwei als möglicherweise relevante Einflussfaktoren in Betracht gezogen werden. Interessant ist hier vor allem, dass der Anteil an Vereinsmitgliedern zwar die erwartete Richtung des Zusammenhangs aufweist, aber sich nicht als signifikanter Einflussfaktor erkennen lässt, während der Effekt des Anteils aktiver Vereinsmitglieder auf die Partizipationsquote nicht nur hochsignifikant ist, sondern dieser Variable auch ein hoher Erklärungsgehalt zugesprochen werden kann. Die bereits oben erwähnte Vermutung, dass nicht die formelle Mitgliedschaft, sondern die Einbindung in ein Netzwerk von Bedeutung ist, findet sich in diesem Ergebnis scheinbar bestätigt. Der zweite entscheidende signifikante Einflussfaktor aus dem sozio-politischen Theorierahmen auf die Wahlbeteiligung ist der Anteil der Parteimitglieder an der Landesbevölkerung. Die verbleibenden Variablen in diesem Feld, der

¹⁰ Nimmt man eine Subgruppenanalyse vor und betrachtet lediglich die alten Bundesländer lässt sich ein kurvenlinearer Zusammenhang zwischen Disproportionalitätsgrad und Wahlbeteiligung modellieren. Mit steigendem Disproportionalitätsgrad steigt zunächst die Wahlbeteiligung bis sie nach Erreichung des Hochpunktes mit sinkendem Disproportionalitätsgrad sinkt. Aus Platz- und Zeitgründen kann auf diese Feststellung hier nicht weiter eingegangen werden. Zudem fehlt eine theoretische Begründung für ein solches Ergebnis. Des Weiteren kann auch schließlich die Vermutung, dass der modellierte Zusammenhang, der sich für die kleine Fallzahl von N=11 feststellen lässt, zufälliger Art ist, nicht von der Hand gewiesen werden.

Table 3: Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern von 1990-2004 (bivariate Zusammenhänge)

Unabhängige Variable (Mittelwert für jedes Bundesland)	Bundesländer (N=16)		
	(Standardisierter) Regressionskoeffizient	adj. R ²	Prob > F
Politisch-institutionelle Determinanten			
Wahlsystem	-0,025	-0,011	0,377
Disproportionalität des Wahlsystems	0,064	-0,067	0,813
Effektive Wahlerfolgsschwelle (trans)	-0,040	-0,070	0,883
System der Stimmverrechnung	-0,028	0,040	0,223
Wettbewerbsgrad des Parteiensystems (log.)	-0,464 *	0,159	0,070
Fraktionalisierungsgrad des Parteiensystems	-0,114	-0,058	0,675
Direkte Demokratie	0,149	-0,048	0,582
Anzahl Volksgesetzgebungsverfahren	-0,179	-0,037	0,505
Sozio-politische und politisch-kulturelle Determinanten			
Anteil Vereinsmitgliedschaften	0,335	0,049	0,205
Anteil aktiver Vereinsmitglieder (trans.)	0,672 ***	0,412	0,004
Anteil Parteimitglieder	0,520 **	0,219	0,017
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	0,072	-0,066	0,791
Katholizismus	0,216	-0,022	0,423
Politisches Interesse	0,313	0,034	0,238
Wahlnorm	0,136	-0,063	0,643
Sozioökonomische und soziodemographische Determinanten			
Abiturquote	-0,300	0,025	0,259
BIP pro Kopf (log.)	-0,022	-0,071	0,936
Anteil der über 65-Jährigen	-0,022	-0,071	0,935
Bevölkerungsdichte (trans.)	-0,223	-0,018	0,407
Kontrollvariablen			
Bundestagswahl		0,084	0,223
Alte und Neue Bundesländer	-0,046 **	0,224	0,040

Anmerkungen: * $t \leq 0.1$, ** $t \leq 0.05$ *** $t \leq 0.01$; Unter (Standardisierte) Regressionskoeffizienten sind die Beta-Koeffizienten der Regression angegeben. Ausnahme sind Wahlsystem, System der Stimmverrechnung und Alte und Neue Bundesländer. Hier sind die unstandardisierten Regressionskoeffizienten angegeben, da es sich um dichotome Variablen handelt. Bei solchen ist die Verwendung des standardisierten Regressionskoeffizienten unzulässig (vgl. Kohler/Kreuter, 2006: 211); Es liegt keine Angabe zum standardisierten Regressionskoeffizienten bei Bundestagswahl vor, da es sich hier um eine Regression einer kategorialen Variable mit den Ausprägungen "keine Bundestagswahl fällt während des Untersuchungszeitraums auf den Tag einer Landtagswahl", "eine Bundestagswahl(...)", "drei Bundestagswahlen(...)". Die beiden durch Regression erhaltenen, hier nicht angegebenen Regressionskoeffizienten sind nicht statistisch signifikant; Die Variablen Wettbewerbsgrad und BIP pro Kopf wurden logarithmiert. Die Werte der effektiven Wahlerfolgsschwelle und der Bevölkerungsdichte wurden in ihre reziproke Quadratwurzel transformiert, für die Variable Anteil aktiver Vereinsmitglieder liegt eine Transformation in die Quadratwurzel vor; Für die Analyse der Variable Wahlnorm konnten die Bundesländer Saarland und Bremen wegen zu kleiner Personenstichproben von $n=33$ und $n=13$ nicht berücksichtigt werden. In die Berechnungen gingen hier folglich nur 14 Bundesländer ein.

gewerkschaftliche Organisationsgrad, die Verbreitung des Katholizismus und die Verankerung des politischen Interesses und der Wahlnorm, zeigen keinen Einfluss auf den Untersuchungsgegenstand. Von den sozioökonomischen und soziodemographischen Einflussfaktoren lässt sich keiner als eine weitere entscheidende Schubkraft identifizieren.

Auch die Kontrollvariablen wurden einem bivariaten Test unterzogen. Es zeigt sich hier, dass die Variable Bundestagswahl keinen signifikanten Einfluss¹¹ auf die Wahlbeteiligung hat und dementsprechend in den weiteren Verlauf der Analyse nicht mit einbezogen wird. Für die alten und neuen Bundesländer lassen sich die Unterschiede in der Wahlbeteiligung als signifikant erkennen.

Die sich hier nun als signifikant erweisenden Variablen werden nun in multiplen Regressionsanalyse überprüft. Allerdings können aufgrund der kleinen Fallzahl und der damit einhergehenden geringen Zahl an Freiheitsgraden nicht alle Variablen simultan geschätzt werden und so werden in einzelnen Modellen jeweils zwei Variablen zusammengefasst. Dabei werden zunächst in Modell 1 politisch-institutionelle Determinanten geprüft, um darauf folgend die sich in diesem ersten Modell als signifikant erweisenden Einflussfaktoren in weiteren Modellen für die alten und neuen Bundesländer zu kontrollieren. Entsprechend wird auch mit den sozio-politischen beziehungsweise politisch-kulturellen Variablen vorgegangen. Die Ergebnisse können *Tabelle 4* entnommen werden.

Modell 1 ist zugleich eine Ausnahme gegenüber den anderen multiplen Regressionen. Hier wird der Einfluss des Stimmverrechnungsverfahrens, welches sich in der bivariaten Regression nicht als signifikante Determinante identifizieren ließ, auf die Wahlbeteiligung unter Kontrolle des Wettbewerbsgrades betrachtet. Damit wird der oben genannten Annahme von Massicotte Rechnung getragen, dass das Stimmverrechnungsverfahren nur bei knappen Wahlen einen Effekt auf die Partizipationsquote hat. Tatsächlich gewinnt innerhalb des Modells das System der Stimmverrechnung an Einfluss, bleibt aber dennoch insignifikant. Der Wettbewerbsgrad hingegen bleibt auch unter Kontrolle eine statistisch signifikante Einflussgröße.

¹¹ Dennoch sollte die Bedeutung dieser Maßzahl für die realen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland nicht außer Acht gelassen werden. So zeigt sich besonders eindringlich am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, wo drei der vier Landtagswahlen im Untersuchungszeitraum am Tage einer Bundestagswahl stattfanden, welchen Einfluss dieser Umstand auf die Beteiligungsquote bei den Landtagswahlen hat. Es ist zu vermuten, dass durch die Mittelwertbildung unweigerlich Verzerrungen entstehen, welche die möglicherweise vorhandene Wirkung dieser Variable im vorliegenden Fall nicht zu erkennen geben. Da allerdings die Variable für den Untersuchungszeitraum keinen statistisch signifikanten Einfluss hat, wird sie der Logik der Forschungsanlage folgend nicht weiter berücksichtigt.

Table 4: Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern von 1990-2004 (multiple Regressionen)

Variable	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Konstante	0,766	0,737	0,470	0,477
System der Stimmverrechnung	-0,032			
Wettbewerbsgrad des Parteiensystems (log.)	-0,499 **	-0,372		
Anteil aktiver Vereinsmitglieder (trans.)			0,549 **	0,583 *
Anteil Parteimitglieder			0,277	
Alte und Neue Bundesländer		0,039 *		-0,012
Cook-Weissenberg-Test ($\text{Prob} > \chi^2$)	0,180	0,980	0,760	0,820
F-Test	3,510 *	4,490 **	6,850 ***	4,220 **
Adj. R ²	0,250	0,320	0,440	0,390

Anmerkungen: * $t \leq 0,1$ ** $t \leq 0,05$ *** $t \leq 0,01$; Es sind die standardisierten Regressionskoeffizienten angegeben. Ausnahme sind System der Stimmverrechnung und Alte und Neue Bundesländer. Hier handelt es sich um dichotome Variablen. Bei solchen ist die Verwendung des standardisierten Regressionskoeffizienten unzulässig (vgl. Kohler/Kreuter, 2006: 211). Folglich sind nur die unstandardisierten Regressionskoeffizienten angegeben; Die Variable Wettbewerbsgrad wurde logarithmiert, für die Variable Anteil aktiver Vereinsmitglieder liegt eine Transformation in die Quadratwurzel vor.

Heteroskedastizität ist den Ergebnissen des Cook-Weissenberg-Tests folgend in diesem Modell vermutlich kein Problem. Da allerdings bei der kleinen Fallzahl von 16 Bundesländern einzelne Fälle eine sehr große Wirkung auf die gesamte Regression ausüben können, ist es entscheidend diese genauer zu betrachten. Wie bereits oben erwähnt, werden dazu die Statistiken DFBETA und Cooks D herangezogen. Der kritische Wert für DFBETA liegt bei $2/\sqrt{n}$ und für Cooks D bei $4/n$ (vgl. Jann, 2006: 345-349). Diese Werte werden von Bayern als einflussreicher Fall für den Koeffizienten des Wettbewerbsgrades und von Sachsen-Anhalt, sowohl als starker Wirkungsfaktor für den Regressionskoeffizienten der Variable Stimmverrechnung als auch für das gesamte Modell, überschritten. Berechnet man die Regression nochmals ohne diese Extremwerte, können die Ergebnisse aus Modell 1 nicht bestätigt werden. Der Wettbewerbsgrad verliert an Signifikanz während das Stimmverrechnungssystem als erklärende Variable an Bedeutung gewinnt¹².

¹² Dieses Ergebnis kann hier nicht weiter überprüft werden. Das vorliegende Resultat legt aber die Vermutung nahe, dass dem Stimmverrechnungsverfahren bei bestimmten Randbedingungen, wie beispielsweise dem hohen Wettbewerbsgrad, durchaus eine Wirkungskraft zugesprochen werden kann. Ein anderer Gedanke, den man in Betracht ziehen könnte, ist, dass sich hinter dem Stimmverrechnungsverfahren eine andere Variable verbirgt und es sich hier nur um einen Scheinzusammenhang handelt.

In Modell 2 wird der Wettbewerbsgrad einem weiteren Härtetest unterzogen und er wird für die alten und neuen Bundesländer kontrolliert. Dabei erweist sich allerdings der Wettbewerbsgrad nicht mehr als signifikante Größe. Ferner ist festzustellen, dass der Erklärungsgehalt dieses Modells gegenüber Modell 1 deutlich gestiegen ist, was für die Bedeutung der Unterscheidung in Ost- und Westdeutschland spricht. Das Resultat des Cook-Weisenbergtests legt die Abwesenheit von Heteroskedastizität nahe. Berechnet man Modell 2 ohne die auch über DFBETA und Cooks D identifizierten Extremwerte Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern können die Resultate bestätigt werden.

Die statistisch signifikanten sozio-politischen und politisch-kulturellen Größen werden nun in Modell 3 zusammengefasst. Hier kann sich der Anteil aktiver Vereinsmitglieder gegenüber dem Anteil der Parteimitglieder als signifikante Determinante behaupten. Des Weiteren hat dieses Modell mit einem adj. R^2 von 0,44 von den vorliegenden die größte Erklärungskraft. Die Abwesenheit von Heteroskedastizität legt die vorliegende Maßzahl des Cook-Weisenberg-Test nahe. Als einflussreicher Fall lässt sich auch hier wieder Brandenburg identifizieren. In der Regressionsanalyse ohne diesen Extrempunkt verliert der Anteil aktiver Vereinsmitglieder entscheidend an Signifikanz. Sowohl in Modell 1 als auch in Modell 3 scheint sich folglich die Erklärung der verschiedenen Zusammenhänge auf die Existenz einzelner Ausreißer zu stützen.

In Modell 4 wird nun noch die verbliebene signifikante Variable Anteil aktiver Vereinsmitglieder unter Kontrolle der Ost/West-Variable betrachtet. Auch hier bleibt der Anteil aktiver Vereinsmitglieder statistisch signifikant. Der Dummy-Variable zur Unterscheidung zwischen alten und neuen Bundesländern scheint hier kein Wirkungszusammenhang zurechenbar. Heteroskedastizität stellt kein Problem dar, während hingegen in diesem Modell die hohe Multikollinearität der unabhängigen Variablen, die mit einem r von -0,67 korrelieren, als kritisch zu betrachten ist. Ferner lassen sich als Extremwerte auch hier wieder Mecklenburg-Vorpommern und die Hansestadt Bremen enttarnen. Eine Berechnung des Modells ohne diese Ausreißer bringt gar eine Umkehrung der Ergebnisse: während die Variable Anteil aktiver Vereinsmitglieder an Signifikanz verliert, gewinnt die Variable alte und neue Bundesländer deutlich an Bedeutung und der Erklärungsgehalt des Modells steigt um 7 Prozentpunkte an. Die Multikollinearität zwischen den beiden erklärenden Variablen ist bei dieser Berechnung noch höher und hat mit einer Korrelation von $r=-0,83$ einen sehr

kritischen Punkt erreicht. Aufgrund dieser Ergebnisse lässt sich vermuten, dass die bereits relativ hohe Multikollinearität in der ersten Modellberechnung dazu führt, dass die statistische Signifikanz der Variable Anteil aktiver Vereinsmitglieder überschätzt wird (vgl. Kühnel/Krebs, 2001: 545f). Des Weiteren ist anzunehmen, dass der Zusammenhang zwischen den aktiven Vereinsmitgliedern und der Wahlbeteiligung nur scheinbar ist und sich eigentlich auf die bestehenden Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern zurückführen lässt.

Um diese Annahme zu überprüfen scheint eine genauere Betrachtung der Subgruppen sinnvoll¹³. Sollte die Variable eine effektive Wirkung auf die Wahlbeteiligung in den Bundesländern haben, dann sollte sich auch in diesem einzelnen Subsample ein ähnlicher Zusammenhang erkennen lassen. Wie *Tabelle 5* zu entnehmen ist, ist dies nur in den neuen Bundesländern der Fall. In den alten Bundesländern lässt sich hingegen kein Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und dem Anteil aktiver Vereinsmitglieder feststellen. Die graphische Darstellung

Tabelle 5: Regression der Wahlbeteiligung auf den Anteil aktiver Vereinsmitglieder (trans.) für drei Grundgesamtheiten: alle Bundesländer (N=16), alte Bundesländer (N=11) und neue Bundesländer (N=5)

Variable	Konstante	Stand. Regressions- koeffizient	Adj. R ²	Prob > F
Alle Bundesländer (N=16)	0,455	0,328 ***	0,412	0,004
Alte Bundesländer (N=11)	0,685	0,000	-0,111	0,998
Neue Bundesländer (N=5)	0,352	0,919 **	0,793	0,027

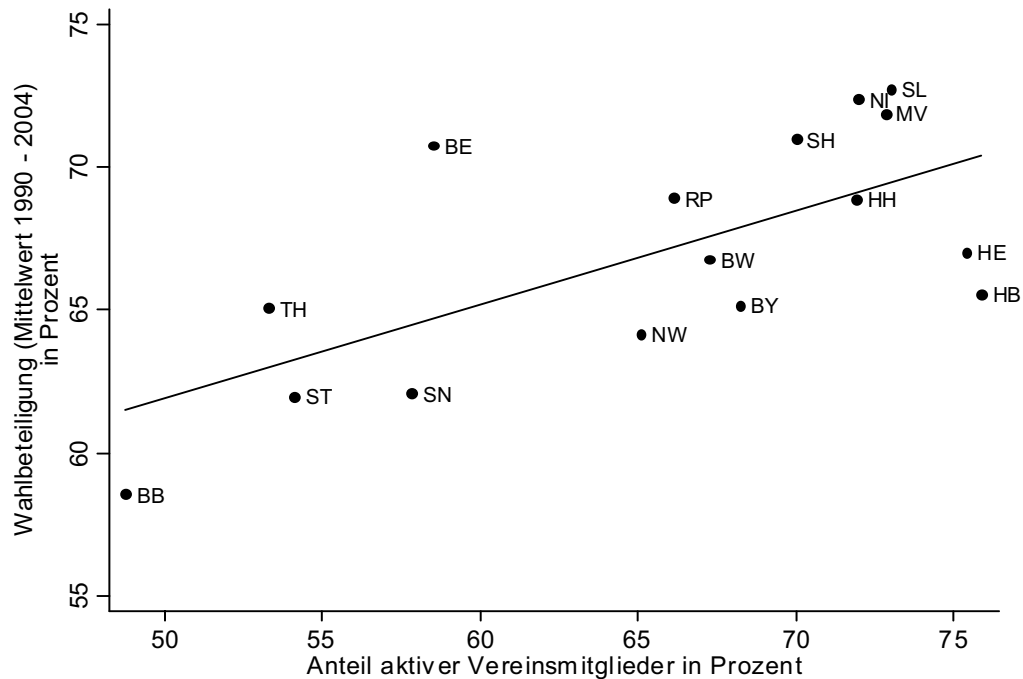
Anmerkungen: * $t \leq 0,1$ ** $t \leq 0,05$ *** $t \leq 0,01$

verdeutlicht nochmals diese Ergebnisse und die Auswirkungen der Regression der Wahlbeteiligung aller Bundesländer auf die erklärende Variable: der Zusammenhang entsteht durch das unterschiedliche Niveau der beiden Cluster, die überwiegend die alten und neuen Bundesländer repräsentieren. In dem unteren Cluster sind nur neue Bundesländer vertreten, in dem oberen Cluster nur alte Bundesländer bis auf die Ausnahme Mecklenburg-Vorpommern. Betrachtet man das Ost-Cluster genauer erkennt man auch, dass der positive Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und aktiver Vereinsmitgliedschaft sich nicht nur auf den Ausreißer Mecklenburg-Vorpommern

¹³ Die Ergebnisse der Regression insbesondere für die Subgruppe der neuen Bundesländer ist aufgrund der sehr kleinen Fallzahl von nur N=5 mit extremer Vorsicht zu betrachten. Diese Analyse soll daher auch viel mehr als Interpretationshilfe für das vorliegende Ergebnis dienen.

gründet, sondern wirklich der Verteilung der Punkte innerhalb des Clusters entspricht. Daraus lässt sich schließen, dass der Anteil aktiver Vereinsmitglieder keine Erklärungskraft für die Wahlbeteiligung im gesamtdeutschen Bundesländervergleich hat und die Hypothese lediglich in den neuen Bundesländern Bestätigung findet.

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Anteil aktiver Vereinsmitglieder



Die Analyse zeigt, dass die vorgestellten Hypothesen keine befriedigende Erklärung für die Niveauunterschiede der Wahlbeteiligung in den deutschen Bundesländern aufzeigen. Zwar lassen sich zunächst einzelne Zusammenhänge wie der Wettbewerbsgrad des Parteiensystems, der Anteil der Parteimitglieder oder der aktiven Vereinsmitglieder identifizieren, doch zeigt sich im Härtetest der multiplen Regressionsanalyse, dass diese Ergebnisse sich teilweise nur auf die Existenz einzelner einflussreicher Punkte stützen oder es sich um einen Scheinzusammenhang handelt, und die Wirkung daher auf andere Größen zurückzuführen ist. Für den gesamtdeutschen Bundesländervergleich scheint lediglich die Unterscheidung in die alten und neuen Bundesländer sinnvoll.

6 *Zusammenfassung und Ausblick*

Gegenstand der Arbeit war die Erklärung der Niveauunterschiede bei der Wahlbeteiligung in den deutschen Bundesländern. Dabei wurden unterschiedliche politisch-institutionelle, sozio-politische und politisch-kulturelle sowie sozioökonomische und soziodemographische Determinanten auf ihre Wirkungskraft hin untersucht. Ergebnis der Untersuchung ist, dass sich für den gesamtdeutschen Ländervergleich keiner dieser Erklärungsfaktoren als wirksam erwiesen hat. Stattdessen dominieren die Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern für den Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2004 auch diesen politischen Bereich. Die Divergenzen in den politischen Einstellungen der Bürger und der politischen Kultur des Ost- und Westteils der Bundesrepublik scheinen so ausgeprägt, dass sie sich signifikant auf das politische Verhalten, im konkreten Fall auf die individuelle Wahlteilnahme, auswirken. Einflussfaktoren, die zunächst als möglicherweise relevant zur Bestimmung der Wahlbeteiligungsquote identifiziert werden konnten, wie der Wettbewerbsgrad des Parteiensystems, der Anteil aktiver Vereinsmitglieder und der Anteil von Parteimitgliedern, konnten sich im multivariaten Härtetest gegenüber der Variable zur Unterteilung in die alten und neuen Bundesländer nicht durchsetzen.

Aber dennoch sollte man sich langfristig nicht mit dieser Antwort zufrieden geben. Der vorliegende Untersuchungszeitraum schloss die Jahre direkt nach der Wiedervereinigung ein. Die in Abschnitt 2 beschriebene Konvergenz der Wahlbeteiligung der beiden Landesteile lässt auf eine Angleichung in der politischen Kultur schließen. Interessant erscheint daher eine Betrachtung der Wahlbeteiligung zu verschiedenen Zeitpunkten nach der Wiedervereinigung. Auch eine detaillierte Subgruppenanalyse, wie sie in Abschnitt 5 für den Anteil aktiver Vereinsmitglieder exemplarisch vorgenommen wurde, scheint möglich. Ferner ist anzunehmen, dass mögliche Verzerrungen des Mittelwertes dazu führen, die Wirkungskraft mancher Variablen zu unterschätzen. Eine daraus resultierende Empfehlung wäre, eine entsprechende Studie nochmals mit einem Zeitreihen-Querschnittsdesign durchzuführen¹⁴ (vgl. Freitag, 2005). Mit der vorliegenden Arbeit wurde die Basis für solche detaillierten und weitergehenden Studien geschaffen.

¹⁴ Entsprechende Überlegungen zu Verbesserung des methodischen Vorgehens entstanden im Verlauf der Arbeit. Da allerdings die Anwendung anderer Methoden den zeitlichen Rahmen der Arbeit gesprengt hätte, wurde darauf verzichtet.

LITERATURVERZEICHNIS

- Armingeon, Klaus*, 1994: Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46(1): 43-64.
- Becker, Rolf*, 2002: Wahlbeteiligung im Lebensverlauf, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 54(2): 246-263.
- Blais, André und Agnieszka Dobrzynska*, 1998: Turnout in electoral democracies, European Journal of Political Research, 33: 239-261.
- Duverger, Maurice*, 1951: Die politischen Parteien. Tübingen: Mohr.
- Eder, Christina und Raphael Magin*, 2006: Direkte Demokratie in den Bundesländern: Grundlagen, Institutionen, Anwendungen (Noch nicht veröffentlicht).
- Falter, Jürgen W. und Siegfried Schumann*, 1994: Der Nichtwähler – Das unbekanntes Wesen. S. 161-213 in: *Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase* (Hg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Flick, Martina*, 2005: Parteienfragmentierung in den Deutschen Bundesländern, Diplomarbeit Universität Konstanz.
- Franklin, Mark N.*, 1996: Electoral Participation. S. 216-235 in: *Lawrence LeDuc, Richard G. Niemi und Pippa Norris* (Hg.), Comparing Democracies. Elections and Voting in Global Perspective. London: Sage.
- Freitag, Markus*, 1996: Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien. Eine Analyse zur Erklärung von Niveauunterschieden, Swiss Political Science Review, 2(4): 101-134.
- Freitag, Markus*, 2005: Labor Schweiz: Vergleichende Wahlbeteiligungsforschung bei kantonalen Parlamentswahlen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 57(4): 667-690.
- Freitag, Markus und Isabelle Steffen*, 2006: Wahl- oder Abstimmungsdemokratie? Der Einfluss der direkten Demokratie auf die Wahlteilnahme (Noch nicht veröffentlicht).
- Gabriel, Oscar W.*, 1994a: Politische Einstellungen und politische Kultur. S. 96-133 in *Oscar W. Gabriel und Frank Brettschneider* (Hg.), Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Gabriel, Oscar W. und Frank Brettschneider, 1994b: Soziale Konflikte und Wählerverhalten: Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Kontext der längerfristigen Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland. S. 7-45 in: Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel und Wolfgang Jagodzinski (Hg.), Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland. Frankfurt: Lang.*
- Gabriel, Oscar W. und Kerstin Völkl, 2004: Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs. Eine Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 2002. S. 221-248 in: Frank Brettschneider, Jan van Deth und Edeltraud Roller (Hg.), Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften*
- Jann, Ben, 2006: Diagnostik von Regressionsschätzungen bei kleinen Stichproben. S. 421-452 in: Andreas Diekmann (Hg.), Methoden der Sozialforschung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.*
- Jesse, Eckehard, 2004: Die Landtagswahlen in den neuen Bundesländern 1990 bis 2004, Deutschland Archiv, 37: 952-962.*
- Kleinhenz, Thomas, 1995: Die Nichtwähler. Opladen: Westdeutscher Verlag.*
- Kleinhenz, Thomas, 1996: Eine Längsschnittanalyse der sinkenden Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik von 1980 bis 1995, Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung, 9(1): 70-83.*
- Kohl, Jürgen, 1983: Zur langfristigen Entwicklung der politischen Partizipation in Europa. S. 378-411 in: Otto Büsch und Peter Steinbach (Hg.), Vergleichende europäische Wahlgeschichte. Berlin: Colloquium.*
- Kohler, Ulrich und Frauke Kreuter, 2006: Datenanalyse mit Stata. München: Oldenburg.*
- Krimmel, Iris, 1996: Politische Einstellungen als Determinanten des Nichtwählens. S. 321-341 in: Oscar W. Gabriel und Jürgen W. Falter (Hg.), Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien. Frankfurt: Lang.*
- Krumpal, Ivar, 2004: Ökonomische, bundespolitische und sozialstrukturelle Determinanten des Wählerverhaltens bei Landtagswahlen in der BRD, Diplomarbeit Universität Konstanz.*
- Kühnel, Steffen-M. und Dagmar Krebs, 2001: Statistik für die Sozialwissenschaften. Reinbek: Rowohlt.*

- Landmann, Todd*, 2000: *Issues and Methods in Comparative Politics*. London: Routledge.
- Lijphart, Arend*, 1999: *Patterns of Democracy*. New Haven: Yale University Press.
- Lipset, Seymour und Martin Rokkan*, 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction. S. 1-64 in: *Seymour Lipset und Martin Rokkan* (Hg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*. New York: Collier.
- Massicotte, Louis*, 2003: To Create or to Copy? Electoral Systems in the German Länder, *German Politics*, 12(1): 1-22.
- Mayntz, Renate und Fritz W. Scharpf*, 1995: Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus. S. 39-72 in: *Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf* (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung*. Frankfurt: Campus.
- Niedermayer, Oskar*, 2005: *Bürger und Politik*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nohlen, Dieter*, 2004: *Wahlrecht und Parteiensystem*. Opladen: Leske und Budrich.
- Norris, Pippa*, 2004: *Electoral Engineering*. Cambridge: University Press.
- Powell, G. Bingham*, 1982: *Contemporary Democracies. Participation, Stability, and Violence*. Cambridge: Harvard University Press.
- Rae, Douglas*, 1967: *The Political Consequences of Electoral Laws*. New Haven: Yale University Press.
- Rae, Douglas*, 1968: A Note on the Fractionalization of some European Party Systems, *Comparative Political Studies*, 1: 413-418.
- Rattinger, Hans und Jürgen Krämer*, 1995: Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse, *Politische Vierteljahresschrift*, 36(2): 267-285.
- Schmidt, Manfred G.*, 1995: Vergleichende Politikforschung mit Aggregatdaten: Inwieweit beeinflussen Parteien Regierungspolitik? S. 327-356 in: *Ulrich von Alemann* (Hg.), *Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriss für Studium und Forschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schmitt, Hermann*, 2001: Zur vergleichenden Analyse des Einflusses gesellschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten: Forschungsfragen, Analysestrategien und einige Ergebnisse. S. 623-645 in: *Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase* (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Schnell, Rainer*, 1994: Graphisch gestützte Datenanalyse. München: Oldenburg.
- Schoof, Peter*, 1980: Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt: Haag und Herchen.
- Schoof, Peter*, 1981: Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, Politische Vierteljahresschrift, 22: 287-304.
- Tocqueville, Alexis de*, 1985: Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart: Reclam.
- Walz, Dieter*, 1996: Parteiidentifikation, Institutionenvertrauen und Systemunterstützung in Ost- und Westdeutschland. S. 205-221 in: *Oscar W. Gabriel und Jürgen W. Falter* (Hg.), Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien. Frankfurt: Lang.
- Wernicke, Immo H.*, 1976: Die Bedingungen politischer Partizipation. Meisenheim: Hain.
- Woyke, Wichard*, 2005: Stichwort Wahlen - ein Ratgeber für Wähler, Wahlhelfer und Kandidaten. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

DATENQUELLEN

Bücher und Artikel:

Eder, Christina und Raphael Magin, 2006: Direkte Demokratie in den Bundesländern: Grundlagen, Institutionen, Anwendungen (Noch nicht veröffentlicht).

Flick, Martina, 2005: Parteienfragmentierung in den Deutschen Bundesländern, Diplomarbeit Universität Konstanz.

Mielke, Siegfried und Reutter, Werner, 2004: Länderparlamentarismus in Deutschland. Geschichte – Struktur – Funktionen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Niedermayer, Oskar, 2005: Parteimitglieder seit 1990.

Statistische Jahrbücher der Länder, diverse Jahrgänge

Internetlinks:

www.election.de (13.07.2006)

www.wahlrecht.de (13.07.2006)

<http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/SID3D0AB75D73B98070/hbs/hs.xsl/133.html> (20.08.2006)

Individualdatensätze

Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), diverse Jahrgänge

European Social Survey (ESS), diverse Jahrgänge

Detaillierte Quellenangaben nach Variablen finden sich auf der CD anbei.